

Álvaro García Linera: "Es gibt eine Doppelherrschaft in Bolivien"

Kategorie: Internationales

Veröffentlicht: Montag, 18. November 2019 10:19



18.11.2019: Blutige Zusammenstöße
++ Straßenblockaden wirken: La Paz ohne Treibstoff ++ Parlament wieder arbeitsfähig:
Abgeordnete der MAS zu Vorsitzenden gewählt ++ auch Putschregierung konsolidiert ihre
Macht ++ Freibrief für Militär und Polizei ++ Álvaro García Linera: "Die Mittelschicht wird sich
entscheiden müssen, ob sie die Massaker legitimieren oder stoppen will." ++ Evo Morales: "Die
US-Botschaft steht für den Vornamen des Putsches, der Nachname ist Lithium. (...) Ich habe
große Angst vor einem Bürgerkrieg" ++ Auszüge aus Interviews

Während sich auf der einen Seite das Putschregime konsolidiert, breitet sich auch der
Widerstand gegen den Staatsstreich und für die Rückkehr zur Demokratie aus. Die
Konfrontation zwischen den Kräften des Staatsstreichs und den Gegner*innen des Putsches
halten unvermindert an.

Bilanz nach fünf Tage der Repression durch die Putschregierung der Senatorin Jeanine Añez,
die sich selbst zur Präsidentin erklärt hat: Mindesten 24 Tote, 715 Verletzte und 624 Verhaftete.

Álvaro García Linera: "Es gibt eine Doppelherrschaft in Bolivien"

Kategorie: Internationales

Veröffentlicht: Montag, 18. November 2019 10:19



Anhänger*innen der »Bewegung zum Sozialismus« (MAS), soziale Bewegungen und Gewerkschaften protestieren seit Montag (11.11.) in den Städten und auf dem Land mit Demonstrationen, Straßenblockaden und Volksversammlungen gegen den Putsch und gegen das repressive Vorgehen der Sicherheitskräfte. Sie verlangen den Rücktritt der "Rassistin Añez". Die Forderung nach der Rückkehr von Evo Morales und seinem Vize Álvaro García Linera wird immer lauter.

Zu den bisher härtesten und blutigsten Zusammenstößen kam es am Freitag in Sacaba nahe der Stadt Cochabamba. Tausende Campesin@s - in den ersten Reihen viele viele Frauen, einige mit Babys im Arm, und Hunderte von Jugendlichen - waren auf dem Weg in die Hauptstadt der Region Cochabamba, als sie auf der Huayllani-Brücke von Militär und Polizei gestoppt und anschließend mit Tränengas und scharfer Munition beschossen wurden.

La Paz ohne Treibstoff

Inzwischen wirken sich in der Hauptstadt La Paz und in anderen größeren Städten die Blockaden der Autobahnen durch Gewerkschaften und Organisationen der Indígen@s auf die Versorgung mit Lebensmittel und Treibstoff aus. In La Paz mangelt es schon seit vergangendem Donnerstag an Benzin, Diesel, Flüssiggas und Erdgas für die Industrie, da vor dem Werk Senkata in El Alto eine Blockade errichtet wurde.

Álvaro García Linera: "Es gibt eine Doppelherrschaft in Bolivien"

Kategorie: Internationales

Veröffentlicht: Montag, 18. November 2019 10:19



Blockade des Werkes für Treibstoff
in Senkata

<https://twitter.com/FreddyteleSUR/status/1195799342730350592>

Seit Samstag (16.11.) wird La Paz über eine Luftbrücke mit Fleisch, Milchprodukten und Eiern versorgt. Putschminister Jerjes Justiniano kündigte an, dass ähnliche Maßnahmen auch in anderen Städten, die durch Straßensperren abgeriegelt sind, durchgeführt werden sollen.



Parallel dazu organisieren bolivianische Bürger*innen die Versorgung der Demonstrant*innen, die die Achtung der Verfassung und die Rückkehr zur Demokratie fordern.

Parlament unter Leitung der Abgeordneten der MAS wieder arbeitsfähig

Inzwischen gerät die selbsternannte Präsidentin Jeanine Añez auch durch die Wahl von neuen Vorsitzenden der beiden Kammern des Parlaments unter Druck.

Der »Bewegung zum Sozialismus« (MAS), der Partei des legitimen bolivianischen Präsidenten Evo Morales, ist es am Donnerstag (14.11.) gelungen, die Direktorien der beiden Kammern des Parlaments wiederherzustellen, so dass sowohl der Senat als auch die Abgeordnetenkammer wieder funktionieren.

Am Dienstag (12.11.) waren die Abgeordneten der »Bewegung zum Sozialismus« (MAS), die in beiden Kammern über eine Zweidrittel-Mehrheit verfügen, von Polizei und Militär an der Teilnahme einer außerordentlichen Sitzung gehindert worden. (siehe auf kommunisten.de:

Álvaro García Linera: "Es gibt eine Doppelherrschaft in Bolivien"

Kategorie: Internationales

Veröffentlicht: Montag, 18. November 2019 10:19

["Europäische Union auf Seite der Putschisten"\)](#)

Am Mittwochabend konnten sie sich doch noch Zutritt zum Parlament verschaffen und um 22:00 Uhr bolivianischer Zeit das Quorum für eine verfassungsmäßige Sitzung erreichen. 74 Parlamentarier*innen, darunter die Oppositionspolitikerin Inés López von der »Unidad Demócrata« (UD), waren anwesend, als beschlossen wurde, die nicht beschlussfähige Parlamentssitzung am Dienstag, bei der sich die Senatorin Jeanine Añez selbst zur Präsidentin ernannt hatte, nicht anzuerkennen.



In den frühen Morgenstunden des Donnerstag wurde dann Sergio Choque (MAS) zum neuen Präsidenten der Abgeordnetenkammer gewählt. Er kündigte ein Gesetzesprojekt an, das die Rückkehr der Streitkräfte in die Kasernen regelt und die Polizei anweist, die "öffentliche Ordnung auf friedliche Weise zu wahren". Choque erklärte zudem, er sei bereit, an einer abgestimmten Agenda für Präsidentschaftswahlen zu arbeiten. Zugleich bekräftigte er, Präsident Evo Morales sei Opfer eines Staatsstreichs geworden.

Am Donnerstagabend tagte dann der Senat, um die Funktionsfähigkeit des Parlaments wiederherzustellen. Das Quorum wurde mit der Anwesenheit von 26 Senator*innen - 22 von der MAS, 4 von oppositionellen Parteien - erreicht. Zur neuen Präsidentin des Senats wurde Mónica

Eva Copa (MAS) gewählt.



18.11.19: Eva Copa, Vorsitzende des Senats

Nach ihrer Wahl erklärte Mónica Eva Copa: "Die Bewegung zum Sozialismus möchte keine weiteren Toten, wir wollen Frieden, in Demokratie arbeiten."

Laut bolivianischer Verfassung wäre Mónica Eva Copa, wenn das Parlament das Rücktrittsgesuch von Evo Morales annimmt, seine legitime Nachfolgerin bis zu den Neuwahlen, die innerhalb von 90 Tagen durchgeführt werden müssten. Copa träte damit an die Stelle von Añez, und die bisherigen Minister der MAS-Regierung könnten ihre Arbeit wieder aufnehmen. Ob es jedoch zu einer Vereidigung Copas als Präsidentin kommen wird, ist unklar. Copa selbst erklärte am Donnerstag, eine "Einigung" mit der Opposition erzielt zu haben. Worin diese genau besteht, ließ die Politikerin offen.

Jedenfalls ist das Parlament wieder handlungsfähig und fordert die Putschregierung heraus. Allerdings warnte die Abgeordnete Betty Yañiquez (MAS) am Sonntag (17.11.), dass die Regierung von Jeanine Añez eine Liste zur Verhaftung von Parlamentarier*innen, Gewerkschafter*innen und Aktivist*innen sozialer Bewegungen vorbereitet.

Auch die Putschregierung konsolidiert ihre Macht

Trotz der Proteste und der neuen Institutionalisierung des Parlaments geht der Prozess der Konsolidierung des Putschregimes voran und hat internationale Unterstützung. Neben der US-Regierung und dem Sekretär der Organisation Amerikanischer Staaten, Luis Almagro, schlossen sich nach Brasilien auch die kolumbianische Regierung dem Staatsstreich an, und die hohe Vertreterin der Außenpolitik der Europäischen Union, Federica Mogherini, unterstützte die Ernennung von Jeanine Añez zur Interimspräsidentin. (siehe kommunisten.de: "[Europäische Union auf Seite der Putschisten](#)")

Die ersten Maßnahmen der Putschregierung gehen weit über die Aufgaben einer "Übergangsregierung" hinaus, deren Hauptaufgabe die Durchführung von Wahlen innerhalb von 90 Tagen wäre.

Außenpolitische "Neuaustrichtung" und ...

In einer ersten Amtshandlung hat die selbsternannte Übergangspräsidentin Jeanine Añez die Militärführung ausgewechselt und am Donnerstag (14.11.) elf Minister ernannt.

Die als Außenministerin eingesetzte Karen Longaric erklärte am Tag ihrer Amtsübernahme, dass 725 cubanische Staatsangehörige, die im Rahmen von Kooperationsprogrammen vor allem im medizinischen Bereich in Bolivien tätig sind, das Land verlassen müssen. Die Beziehungen zu Cuba und Venezuela würden "neu ausgerichtet", so Longaric.



Die cubanische
Mediziner*innenbrigade verlässt
Bolivien

Zu dieser "Neuausrichtung" gehört die umgehende Anerkennung des selbsternannten Präsidenten Venezuelas, Juan Gaidó, als "legitimer Präsident". Dem folgte der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Venezuela. Longaric erklärte zudem den Austritt aus der Bolivarischen Allianz Alba, an der Venezuela, Cuba, Nicaragua und weitere linksgerichtete Länder der Region beteiligt sind.

Es gebe Beweise für die Beteiligung venezolanischer Bürger*innen an gewaltsamen Protesten gegen die Übergangsregierung, erklärte die neue kommissarische Außenministerin. Die Übergangsregierung werde deshalb alle Diplomaten*innen Venezuelas wegen Einmischung in interne Staatsangelegenheiten ausweisen. Vier Ärzt*innen des cubanischen Mediziner*innenkontingents wurden verhaftet und erst auf den energischen Protest der cubanischen Regierung freigelassen. Inzwischen hat das cubanische, medizinische Personal Bolivien verlassen.

... verstärkte Repression

Innenpolitisch wird die Hetze gegen die Indigen@s und gegen die MAS verstärkt. Propagandistisch werden verstärkte Repressionen und ein Bürgerkrieg vorbereitet.

Am Freitag (15.11.) sprach Jeanine Áñez davon, dass "bewaffnete subversive Gruppen", bestehend aus Einheimischen und Ausländer*innen, versuchen würden, "den bolivianischen Staat auf aggressive Weise zu zerstören". Insbesondere Aktivist*innen der MAS würden sich bewaffnen und die bewaffnete Konfrontation mit den Sicherheitskräften suchen.

Gualberto Arispe Maita, de comunicación de la dirección Nacional MAS IPSP: Parte 1. Rechazan que los califiquen como un movimiento insurreccional armado. Denuncian que disparan al pueblo desde tierra y aire



Gualberto Arispe Maita, von der Nationalen Leitung der MAS verurteilte, dass die Proteste gegen den Putsch als "bewaffnete Aufstandsbewegung" diffamiert werden. Er klagte an, dass Polizei und Militär vom Boden und aus der Luft (Anm. aus Hubschraubern wurde auf Demonstrationen geschossen) auf die Menschen mit scharfer Munition schießen. (<https://twitter.com/Larissacostas/status/1195885158773202945>)

Policía aprehende a 5 personas que apoyaron a guerrillero de las FARC

País

Los Tiempos

Publicado el 17/11/2019 a las 0h00

Die Polizeiführung gab bekannt, dass fünf Ex-Guerillas der kolumbianischen FARC festgenommen wurden, die ins Land gekommen seien, um "subversive Praktiken" durchzuführen. Es werde untersucht, ob in der Gemeinde Yapacaní, wo ein Teil der Bevölkerung gewaltsam gegen den Putsch mobilisiert, die Ex-Guerillas der FARC im Auftrag von Evo Morales paramilitärische Ausbildungen organisiert haben.

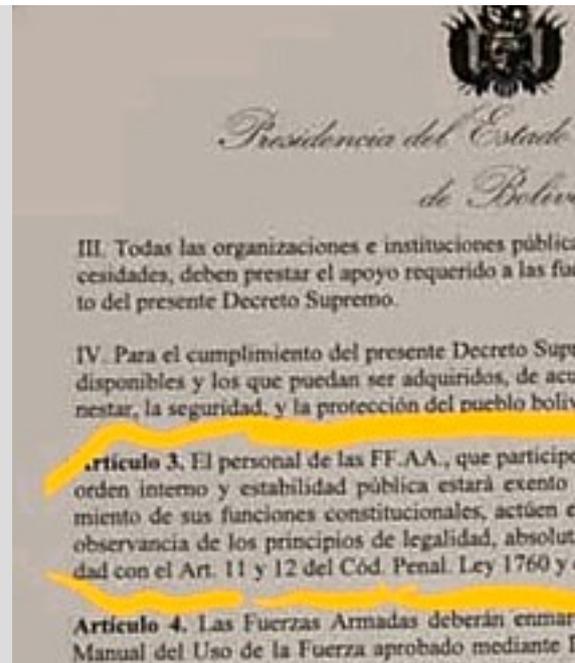
Jeanine Áñez kündigte an, dass angesichts dieser Situation Maßnahmen ergriffen werden, die auf der Einheit von Polizei und Armee basieren, "weil die Umstände es rechtfertigen".

"Lizenz zum Töten"

Eine dieser Maßnahmen ist ein am Freitag (15.11.) erlassenes Regierungsdekret (Dekret 4078), das erlaubt, dass Militärangehörige bei der Unterdrückung von Protesten "alle verfügbaren Mittel nutzen können, die dem Risiko der Operationen proportional sind", und dass sie dabei von der "strafrechtlichen Verantwortung" befreit sind.



15.11.19: Sacaba/Cochabamba. Militär schießt in Demo



"Es ist ein Freibrief für die Straflosigkeit, das Volk zu massakrieren."

Evo Morales

Die Leitung der Koordination der sechs Gewerkschaften von Cochabamba bezeichnen dieses

Dekret als "Lizenz zum Töten, das den Streitkräften freie Hand gibt, um die mobilisierte Bevölkerung zu töten". In einer Erklärung vom Sonntag (17.11.) fordern sie den "Rücktritt der selbsternannten de facto Präsidentin Jeanine Añez Chávez innerhalb von 48 Stunden" und den sofortigen Rückzug des Militärs in die Kasernen. ([Cocalerso del Trópico determinan plazo de 48 horas para que renuncie la Presidente de facto Jeanine Añez](#))

Spezialeinheit zur Verhaftung von Abgeordneten

De facto-Staatsminister Arturo Murillo kündigte am Sonntag (17.11.) bei einer Pressekonferenz die Schaffung einer "Spezialeinheit der Generalstaatsanwaltschaft" an, um Abgeordnete und andere Personen im Umfeld der Bewegung zum Sozialismus (MAS) zu verhaften, die Akte der Subversion und Aufruhr begehen.

Es gibt Senatoren und Abgeordnete, bei denen ich beginnen werde

De facto-Staatsminister Arturo Murillo

"Es gibt Senatoren und Abgeordnete, nicht alle von ihnen, einige von ihnen, die Subversionen machen; bei denen ich beginnen werde, ihre Namen zu veröffentlichen. (...). Ab Montag werde ich anordnen, ich habe bereits Listen, sie werden anfangen, sie zu stoppen", sagte er.

Wir bitten die Journalisten keinen Aufruhr zu begehen"

De facto-Staatsminister Arturo Murillo

Der Minister kündigte dabei auch an, dass gegen einige Journalisten im Umfeld der MAS Prozesse wegen Aufruhr eingeleitet werden. "Wir bitten Sie, zu informieren, nicht falsch zu informieren. Minister, Polizei und Streitkräfte (FFAA) brauchen keine Propaganda. Wir bitten die Journalisten noch einmal, vor allem die aus den Radiosendern, ihre Arbeit zu tun und keinen Aufruhr zu begehen", drohte Arturo Murillo.

CEPR: Keine Wahlfälschung am 20. Oktober

Während die Regierung der selbsternannten Präsidentin ihre ersten Amtshandlungen vollzieht, steht der endgültige Bericht der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) immer noch aus, der Beweise für den im Raum stehenden und von Opposition wie zahlreichen internationalen Medien und Politikern durchweg bereits so bezeichneten Wahlbetrug in Bolivien liefern könnte.

Die OAS hatte mit einem "Vorläufigen Bericht" den Putsch eingeleitet. In diesem werden "Hinweise auf Unregelmäßigkeiten" benannt, die es insbesondere bei der Übermittlung durch ein Softwareprogramm für die Erstellung der Schnellauszählungsergebnisse gegeben haben soll. Jedoch konnten diese nur bei 78 Ergebnisprotokollen festgestellt werden, das entspricht

Álvaro García Linera: "Es gibt eine Doppelherrschaft in Bolivien"

Kategorie: Internationales

Veröffentlicht: Montag, 18. November 2019 10:19

0,22 Prozent aller Protokolle. (siehe kommunisten.de: "[Morales kündigt Neuwahl an](#)")

Nun liegen zwei Studien von unabhängiger Seite vor. Beide kommen zu dem Schluss, dass die festgestellten Unregelmäßigkeiten marginal waren und das grundsätzliche Ergebnis, wonach Evo Morales mit Abstand die meisten Stimmen erhalten hat, nicht beeinflussen.

In einer Untersuchung des »Center for Economic and Policy Research« (CEPR), einer Denkfabrik für Wirtschafts- und Sozialpolitik mit Sitz in Washington heißt es, dass "die Ergebnisse der vorläufigen Nachzählung mit dem Endergebnis übereinstimmen". Zudem "konnte weder die OAS noch jemand anderes nachweisen, dass es bei den Wahlen systematische oder weit verbreitete Unregelmäßigkeiten gab". Keine der beiden Nachzählungen wies seltsame Muster im Vergleich zur Verteilung der Stimmen bei früheren Wahlen auf. Die vorläufige Auszählung sei bei 80 Prozent gestoppt worden, weil dies vereinbart war, und wurde einen Tag später auf Antrag der OAS wieder aufgenommen. Die endgültige und rechtsgültige Nachzählung habe dagegen "keine wesentlichen Unterbrechungen" gehabt, so der Bericht. ([CEPR: What Happened in Bolivia's 2019 Vote Count?](#))

"Es gibt eine Doppelherrschaft in Bolivien"

Álvaro García Linera



16.11.2019: Interview von
Telesur mit Álvaro García
Linera, Vizepräsident
Boliviens:

<https://www.youtube.com/embed/CfAAiBIQIVw>

Auszuge:

"Ein Teil des Militärs wurde in
den USA ausgebildet, es
fehlte uns die Zeit, diese
Kräfte zu erneuern. (...)

Die Truppen, die Verbrechen

gegen die Menschlichkeit begehen, werden wahrscheinlich durch eine externe Kraft geschützt, die ihnen angeboten hat, dass sie, wenn in Zukunft ein Strafverfahren gegen sie stattfindet, ihre Türen für sie öffnen wird. (...)

Die Mittelschicht ist diejenige, die rassistische Gewalt begeht, sie hat ihre Kleintransporter und Motorräder genommen und ist losgezogen, um die indigene Bevölkerung zu bekämpfen, die gegen sie demonstriert. (...)

Die Toten, die Verwundeten in Bolivien, sind auf das Erscheinen dieser jungen Menschen aus dem traditionellen Bürgertum zurückzuführen, die einen rassistischen Diskurs haben, die nicht wollen, dass es Gleichheit gibt. (...)

Die traditionelle rassistisch orientierte Mittelschicht hat die Rechte der indigenen Bevölkerung verletzt, sie hat die Wiphala (Anm.: Die Trikolore ist ein Symbol für die Vielfalt und Gleichberechtigung aller indigenen Völker) angespuckt, sie hat sie verbrannt, sie hat Frauen mit »Polleras« (Anm.: Polleras«, die hauptsächlich von indigenen Frauen aus dem Altiplano getragenen Röcke.) geschlagen. (...)



Die Wiphala ist nicht nur eine Flagge, sondern auch die Geschichte der Kämpfe, so dass sich die Indígen@s, wenn sie die Wiphala verbrennen oder verletzen, so fühlen, als ob sie es mit ihnen selbst gemacht hätten. (...)

Die indigene Bevölkerung strebt nach Gleichberechtigung bei der Arbeit, gleich bei den Rechten, sucht ein Ende der Verunglimpfung. Die Wiphala ist nicht nur eine Flagge, sondern auch die Geschichte der Kämpfe, so dass sich die Indigenen, wenn sie sie verbrennen oder verletzen, so fühlen, als ob sie es ihnen angetan haben würden. (...)

Auch die Macht des »Putsches mit dem Gewehr« braucht Legitimität. Diese Legitimität wird von der Mittelschicht gegeben. Man weiß nicht, was in Bolivien passieren wird. Es gibt eine Mittelschicht, die sich nicht vorstellte, was die selbsternannte Präsidentin tun würde; sie hat sich nicht vorgestellt, dass ihre Aktionen mit Massakern enden würden. Die Mittelschicht wird sich

entscheiden müssen, ob sie die Massaker legitimieren oder stoppen will." (...)

Es gibt eine Doppelherrschaft in Bolivien, wir versuchen, mittels Dialog zu versöhnen, während die Opposition mit Unterstützung von Polizei und Militär eine Diktatur errichten will. (...)

Der Prozess des Wandels wurde nicht zerstört, er ist gerissen, aber er kann wieder hergestellt werden. Wir müssen analysieren, was die Ursachen dafür waren und den Prozess stärken. (...)"

Morales ruft zu Dialog auf

Angesichts der Unruhen in Bolivien hat Evo Morales aus dem Exil in Mexico erneut zu einem Dialog und zu internationaler Vermittlung aufgerufen. Morales betonte, rechtlich sei er noch immer Präsident, da das Parlament seinen Rücktritt bislang nicht angenommen habe. Wenn das bolivianische Volk dies fordere, sei er bereit, nach Bolivien zurückzukehren, um zur Befriedung des Landes beizutragen.



Jeanine Añez jedoch warnte, dass Evo Morales und Álvaro García Lineras bei einer Rückkehr sofort verhaftet werden. Auf die Frage von CNN, ob es eine gute Idee sei, wenn Evo Morales nach Bolivien zurückkehren würde, um das Land zu befrieden, antwortete Jeanine Añez: "Der Präsident, Entschuldigung, Señor Evo Morales, weil er ist ja nicht mehr der Präsident, das einzige was er hervorrufen würde, wäre Gewalt, intensive Gewalt. Er ist es gewöhnt die Verfassung und die Gesetze nicht zu respektieren." Evo Morales würde wegen Wahlbetrugs verhaftet werden.

"Die US-Botschaft steht für den Vornamen des Putsches, der Nachname ist Lithium."



Die mexicanische Zeitung La Jornada und die spanische Nachrichtenagentur EFE veröffentlichten Interviews mit Evo Morales. Wir bringen einige Auszüge:

"Mein schlimmstes Verbrechen ist es, uns zu befreien, nicht nur im sozialen und kulturellen Bereich, nicht nur im ideologischen und politischen Bereich, sondern auch im wirtschaftlichen Bereich. Das Wachstum Boliviens überrascht alle. Es wurden Sozialprogramme umgesetzt, einige wirtschaftspolitische Maßnahmen, die die Vereinigten Staaten nicht wollen. Wir haben mit der Entwicklung der Lithiumindustrie begonnen, aber es gibt auch Privatisierungsmaßnahmen. Es gibt auch Verschwörungen der großen Monopole, die das Metall übernehmen wollen. (...)

Sie gingen vom Rassismus zum Faschismus, vom

Faschismus zum Putsch, den wir im Moment erleben. Es ist eine Frage der Klassen. Uns ist nicht vergeben, dass wir die natürlichen Ressourcen verstaatlichten.

Wir sind von einem Kolonialstaat zu einem plurinationalen Staat mit einer pluralistischen Wirtschaft übergegangen, in dem der Staat die Investitionen anführt, begleitet vom Privatsektor, aber auch von kooperativen Sektoren wie Genossenschaften, Gemeinschaftsunternehmen und Familienunternehmen. (...)

Jetzt stelle ich fest, dass wir mit der Wirtschaftspolitik den Privatsektor gestärkt haben, so dass einige von ihnen sich verschwören. Ich glaube nicht, dass es alle sind. Die neuen Generationen müssen erkennen, wer die Feinde sind. Kapitalismus und Imperialismus garantieren ihnen nicht die Zukunft. (...)

wenn Institutionen wie die Streitkräfte die Demokratie nicht garantieren, bedeutet das, dass die Menschen gezwungen sein werden, sich zu bewaffnen. Persönlich will ich das nicht



Ich sehe, wie sich die Menschen organisieren. Für die »ponchos rojos« (Anm.: Rote Ponchos, eine militante Selbstorganisation von Indígen@s, überwiegend Reservisten der bolivianischen Streitkräfte vom Stamm der Aymara) ist die Geschichte ihres Kampfes ein historischer: gegen den Kolonialismus, gegen den Interventionismus, gegen den Militarismus. Zu meiner Zeit gegen den Neoliberalismus. Sie sind Akteure zusammen mit den Menschen des Hochlandes, zusammen mit der Bauernbewegung. Sie werden mit Blockaden gegen diesen Staatsstreich mobilisieren, bis zum Ende dieser Diktatur. (...)

Das Verhalten der Polizisten führt dazu, dass sich auch die Menschen organisieren. Ich bin überrascht über den Ansatz des Bürgerkriegs, doch wenn Institutionen wie die Streitkräfte die Demokratie nicht garantieren, bedeutet das, dass die Menschen gezwungen sein werden, sich zu bewaffnen. Das würden wir nicht wollen. Persönlich will ich das nicht, aber wenn diese Gruppen entstehen, so wie sie den Bürgerkrieg vorschlagen, dann ist das zum einen die Schuld der Rechten und zum anderen der Befehlshaber, die die Demokratie nicht garantieren. Natürlich haben die Völker das Recht, sich selbst zu befreien. (...)

Wenn Sie mich nach den »ponchos rojos« fragen, wer weiß, ob einige soziale Kräfte

die Basis sind, um Milizen zu werden, oder ob die Bevölkerung auch ihre eigene organisierte, bewaffnete und legale Gruppe hat. Das Volk will die Streitkräfte nicht in der Stadt, weil sie Komplizen des Putsches sind. (...)

Ich habe große Angst vor einem Bürgerkrieg.

Vielleicht war es mein Fehler, die Kandidatur zu akzeptieren, die mir von den Aktivist*innen und den sozialen Bewegungen vorgeschlagen wurde. Eine Kandidatur, die auf einem verfassungsmäßigen Urteil basiert. Wer weiß, ob es ein Fehler war, aber sie sagten mir: 'Evo, dein Leben liegt nicht bei dir, sondern bei den Menschen.' (...)

Ich habe große Angst vor einem Bürgerkrieg. Ich sehe keine andere Möglichkeit, als einen großen nationalen Dialog zu führen, um die Gewalt zu beenden. Die Beteiligung von Parteien, die die Wahlen verloren haben, ist wichtig. Wir, ich, wollen den Dialog. (...) Mein Standpunkt ist, dass es einen Dialog mit Vermittlern geben sollte (...) nicht nur die Europäische Union, sondern auch die katholische Kirche und auch die Vereinten Nationen.

Einige Führer zweifeln am Weg des Dialogs. Und die Bevölkerung in El Alto ist über das Ziel ihrer Führer hinausgegangen. Jetzt sagen sie: 'Wie wollen wir mit denen

verhandeln, die für die Massaker verantwortlich sind? In fünf Tagen wurden 23 Menschen erschossen.' Sie wollen keinen Dialog mehr. Wir bemühen uns um den Dialog, aber diejenigen, die den Dialog führen, könnten zu Verrätern erklärt werden. (...)"

Evo Morales, La Jornada, 16.11.2019: [El golpe se preparó desde la embajada de Washington en La Paz](#)

Evo Morales, EFE, 17.11.2019: [Tengo mucho miedo a una guerra civil en Bolivia](#)

mehr zu Bolivien auf [kommunisten.de](#)

- [In Bolivien ein Staatsstreich? Bitte übertreiben Sie nicht!](#) (Video in spanischer Sprache)
- [Europäische Union auf Seite der Putschisten](#)
- [Der Staatsstreich in Bolivien: Fünf Lektionen](#)
- [Bolivien: Der Staatsstreich ist vollzogen](#)
- [Morales kündigt Neuwahl an. "Wir alle haben die Pflicht, Bolivien zu befrieden"](#)
- [Hubschrauber-Notlandung mit Evo Morales](#)
- [OAS überprüft Wahlergebnis in Bolivien](#)